



**22. Februar 2019**

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

### **Inhalt:**

- **Erhalt und Stärkung der internationalen Ordnung**
- **Der Weg für den Digitalpakt ist frei**
- **Neues Gesetz für mehr Ordnung und Fairness auf dem Arbeitsmarkt**
- **Brexit - Steuerbegleitgesetz und Übergangsregelungen**
- **§ 219a - Informationszugang verbessert, Rechtssicherheit für die Ärzteschaft erhöht**
- **Marie Juchacz Preis – 100 Jahre Frauenwahlrecht**
- **Gesundheitspolitik für Frühaufsteher**
- **Festveranstaltung 100 Jahre Hauptfürsorgestellen**
- **Nordhessen wieder in Berlin**
- **Spitzenkandidatin für Europa in Homberg und beim Seeheimer Kreis**

## Erhaltung und Stärkung der internationalen Ordnung

Nach der Münchner Sicherheitskonferenz hatten sich die Bundestagsfraktionen in einer auf Verlangen von CDU/CSU und SPD anberaumten Aktuellen Stunde mit breiter Mehrheit für die Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung und mehr Zusammenarbeit in der Europäischen Union ausgesprochen.

Die Konferenz hatte die Gräben zwischen den USA und Deutschland sowie die Spannungen mit Russland offengelegt. In ihrer Rede hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) unter anderem Alleingänge der USA in der Außen- und Handelspolitik beklagt und sich klar zur multilateralen Zusammenarbeit bekannt.



Als global vernetztes Land setzt sich Deutschland für eine regelbasierte Weltordnung ein, die von der Stärke des Rechts und nicht durch das Recht des Stärkeren geprägt ist.

## Der Weg für den Digitalpakt ist frei



Mehr Geld für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen und öffentlichen Nahverkehr – das ist unser Ziel.

Jetzt haben Bund und Länder den Weg für die notwendigen Änderungen im Grundgesetz frei gemacht. Das ist ein großer Erfolg. Denn so können wir dafür sorgen, dass gute Bildung nicht vom Wohnort abhängt, mehr

bezahlbare Wohnungen entstehen, ein attraktiver ÖPNV die Mobilität vor Ort verbessert und die Umwelt entlastet.

## Neues Gesetz für mehr Ordnung und Fairness auf dem Arbeitsmarkt

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat einen Gesetzesentwurf gegen illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit, Sozialleistungsbetrug sowie gegen Kindergeldmissbrauch vorgelegt, der am 20. Februar vom Bundeskabinett beschlossen wurde und nun ins Gesetzgebungsverfahren geht.



Illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit und Sozialleistungsbetrug schädigen die Gemeinschaft auf vielfältige Weise. Sie schädigen den Staat.

Mit den hinterzogenen Steuern und Sozialabgaben können wichtige Ausgaben nicht finanziert werden.

Sie schädigen die vielen ehrlichen Unternehmen, die sich unfairer Konkurrenz ausgesetzt sehen. Sie schädigen die Beschäftigten selbst, weil hier Regelungen zu Mindestlohn und Arbeitsschutz häufig nicht eingehalten werden.

Allein in den beiden vergangenen Jahren hat der Zoll bei seinen Kontrollen in diesem Bereich Schäden in Höhe von rund 1,8 Mrd. Euro aufgedeckt.

Die Bundesregierung hat deshalb in dieser Woche einen Gesetzesentwurf von Bundesfinanzminister Olaf Scholz beschlossen, der den Zoll stärken und Schwarzarbeit besser bekämpfen soll. Damit sorgen wir für einen fairen Arbeitsmarkt.

## Brexit - Steuerbegleitgesetz und Übergangsregelungen

Diese Woche wurden das „Gesetz zu Übergangsregelungen in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit, Soziales und Staatsangehörigkeit nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union“ und das „Brexit Steuerbegleitgesetz“ im Bundestag verabschiedet.

Mit dem Übergangsgesetz bewahren wir die Ansprüche von Bürgerinnen und Bürgern aus Deutschland und Großbritannien, die diese zum Beispiel in der Renten- und Arbeitslosenversicherung erworben haben. So kann beispielsweise ein Rentner, der nur eine deutsche Rente bezieht, aber in Großbritannien lebt, weiterhin bei der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung der Rentner versichert bleiben und britische Arztrechnungen bei seiner Krankenkasse einreichen.

Sollte Großbritannien ohne Austrittsvereinbarungen aus der EU ausscheiden, würde es ab dem 30. März 2019 wie ein Drittstaat behandelt werden.

Durch das Steuerbegleitgesetz sollen steuerliche EU-Sonderregelungen für Altfälle fortgelten.

Unternehmen des Finanzsektors aus Großbritannien sollen übergangsweise ihr Marktzugangsrecht behalten, um Risiken für die Stabilität der Finanzmärkte abzuwenden.



## § 219a - Informationszugang verbessert, Rechtssicherheit für die Ärzteschaft erhöht

Der §219a regelt das „Werbungsverbot für Schwangerschaftsabbrüche“. Dies ist ein Paragraf von gestern. Selbst die bloße Information, dass eine Ärztin bereit ist, Abbrüche vorzunehmen, ist nämlich verboten gewesen.

Wir wollten den §219a deshalb abschaffen. Die Union wollte nichts ändern.

Nach monatelangen Auseinandersetzungen haben wir endlich einen Kompromiss gefunden.

Nach der Verabschiedung des Gesetzentwurfs dürfen Ärztinnen und Ärzte nun darüber informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Außerdem dürfen sie – beispielsweise auf ihrer Homepage - auf neutrale Stellen verweisen, die weitere Informationen (vor allem über die Methoden) bereitstellen. Die Hilfesuchenden sind damit auch von diesen Informationen nur einen Klick entfernt. Außerdem wird von der Bundesärztekammer eine monatlich zu aktualisierende Liste geführt, wer diese Eingriffe durchführt. Diese Liste wird durch die BZgA, die Beratungsstellen und das Telefon für Schwangere in Not zur Verfügung gestellt.

So wollen wir erreichen, dass Frauen, die vor der schwierigen Entscheidung über die Fortsetzung einer Schwangerschaft stehen, die Informationen bekommen, die sie für eine selbstbestimmte Entscheidung brauchen. Außerdem erhöhen wir die Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte.



Das jedenfalls haben wir als SPD erreicht. Zusätzlich werden verschreibungspflichtige Verhütungsmittel zwei Jahre länger, nun bis zum 23. Geburtstag, von den Krankenkassen bezahlt.

Esther Dilcher und Edgar Franke setzen sich als Juristen für die Selbstbestimmung von Frauen ein.

## Marie Juchacz Preis – 100 Jahre Frauenwahlrecht

**Die SPD-Bundestagsfraktion hat diese Woche im Rahmen einer Dialogveranstaltung den Marie-Juchacz-Preis verliehen. Wir haben damit 100 Jahre Frauenwahlrecht und die Rede von Marie-Juchacz vor dem Reichstag am 19. Februar 2019 gefeiert.**

100 Jahre ist es her, dass Frauen in Deutschland das Wahlrecht erhalten haben. Die meisten weiblichen Abgeordneten nach Wahl, waren in den Reihen der SPD zu finden. Und mit Marie Juchacz sprach eine Sozialdemokratin als erste Frau überhaupt in einem deutschen Parlament.

Mit dem einmalig vergebenen Marie-Juchacz-Preis - anstelle des Otto-Wels-Preises für Demokratie - hat die SPD-Bundestagsfraktion junge engagierte Frauen ausgezeichnet, die sich weiter für Frauenrechte stark machen und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen vorantreiben.

Mit dem würdigte die SPD-Fraktion zum einen zwei junge Erwachsene, die eine zukunftsweisende frauenpolitische Rede verfasst haben, wie Marie Juchacz sie halten würde. Sie zeichnete zweitens zivilgesellschaftliche Projekte aus, die die politische Beteiligung von Frauen fördern. So wie das Frauenwahllokal aus Potsdam, das den ersten Platz in der Kategorie Engagement belegte.



### Marie Juchacz

Gleich zwei Mal steht das Jahr 1919 im Zeichen der Sozialdemokratin und Frauenrechtlerin Marie Juchacz. Als erste Frau überhaupt hielt sie am 19. Februar 1919 in einem deutschen Parlament eine Rede. Mit der zur damaligen Zeit ungewöhnlichen Anrede „Meine Herren und Damen!“ löste sie laut Protokoll „Heiterkeit“ im Hohen Haus aus.

Noch im gleichen Jahr, am 13. Dezember 1919, rief Juchacz den „Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt“ beim Parteivorstand der SPD ins Leben. Die Arbeiterwohlfahrt war geboren – und mit ihr die Idee der modernen Wohlfahrtspflege.

Bild: AdsD/Friedrich-Ebert-Stiftung

## Gesundheitspolitik für Frühaufsteher



Mit einem Parlamentarischem Frühstück haben der Vorstandsvorsitzende Prof. Dr. Frank Louwen und das Kuratoriumsmitglied Nicola Beer die Deutsche Stiftung Frauengesundheit vorgestellt.

Die Stiftung fördert die Erstellung qualitativ hochwertiger unabhängiger Leitlinien und damit die Sicherheit der frauenspezifischen medizinischen

Versorgung.

## Festveranstaltung 100 Jahre Hauptfürsorgestellen

Die Festveranstaltung "100 Jahre Hauptfürsorgestellen" der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) fand im besonderen Rahmen der Heilig-Geist-Kirche in Berlin-Kreuzberg statt. Edgar Franke nahm mit Kerstin Griese, Parl. Staatssekretärin im Arbeits- und Sozialministerium, Jürgen Dusel, Behindertenbeauftragter der Bundesregierung, Vertreter der Arbeitsgeberverbände und des DGB teil.

Mit Prof. Dr. Eichenhofer habe ich über die Reform des Sozialen Entschädigungsrechts diskutiert und das neue Sozialgesetzbuch XIV grundsätzlich begrüßt, allerdings muss die Rehabilitation mit allen „geeigneten Mitteln“ erfolgen.“



## Nordhessen wieder in Berlin



In dieser Sitzungswoche war eine Besuchergruppe aus dem Wahlkreis in Berlin zu Gast. Natürlich gehörte auch ein Gespräch mit Edgar Franke im Reichstag zum Programm.



Er stellte exemplarisch die abgelaufene Sitzungswoche anhand seiner Wochenübersicht dar.

## Spitzenkandidatin für Europa in Homberg

Mehr gemeinsame Lösungen in Europa forderte die Bundesministerin der Justiz und Spitzenkandidaten der SPD für die Europawahl am 26. Mai 2019, Dr. Katarina Barley, beim Neujahrsempfang der SPD Schwalm-Eder. In der rappelvollen Stadthalle in Homberg (Efze) waren nicht nur viele Parteimitglieder, sondern auch viele Vertreter aus Wirtschaft und Ehrenamt, anderen Parteien und Organisationen zu Gast.



In seiner Begrüßung sprach Edgar Franke über die Lage der SPD. „Wir haben wieder mehr Wind unter den Flügeln“, betonte Franke. Mit der Forderung einer erhöhten Rente für Menschen, die mindestens 35 Jahre gearbeitet haben, hat die SPD endlich wieder die Herzen der Menschen erreicht. Die gute Sachpolitik für Rentner, Familien und Kinder fände endlich Anklang und mache sich auch in den Umfragen bemerkbar. Diesen Schwung müsse man jetzt mit in die Europawahl nehmen.

## ...und beim Seeheimer Kreis in Berlin



Volle Kraft für voraus für Europa und Katharina Barley.

Esther Dilcher und Edgar Franke auf dem Selfie unserer Bundesministerin Dr. Katarina Barley.

Das Bild entstand in den Räumen der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 pixabay.com und SPD-Bundestagsfraktion, Seite 2 SPD-Bundestagsfraktion, Seite 3 pixabay.com, Seite 5 Edgar Franke, Seite 6 AdsD/Friedrich-Ebert-Stiftung, Seite 7 Onno Wulf, Seite 8 Onno Wulf und Katarina Barley.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

#### So erreichen Sie uns:

##### Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-75113  
esther.dilcher@bundestag.de

##### Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27  
34497 Korbach  
Tel.: 05631-974712  
www.estherdilcher.de

##### Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030-227-73319  
edgar.franke@bundestag.de

##### Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c  
34582 Borken  
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5  
35066 Frankenberg  
Telefon 06451 717950  
www.edgarfranke.de

**"EUROPA  
IST DIE  
ANTWORT"**  
**mit  
MARTINA WERNER,  
MdEP**

Ob es um die Krümmung von Salatgurken, den Euro, Frieden, Reisefreiheit, oder den Brexit geht, Europa steht für vieles.

Am 26. Mai wählen rund 450 Mio. Europäer ihr neues Europaparlament.

In unserer Schwalm-Eder-Arena haben Sie die Möglichkeit hautnah mit unserer Europaabgeordneten Martina Werner Ihre Fragen zu Europa zu diskutieren!

**Freitag, 15. März 2019,  
19:00 Uhr,  
Bürgerhaus Gutenberg**